

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Deutschland und Frankreich müssen das Momentum nutzen – Seite 1

Politik, soziale Medien und junge Wähler: Was man von der Partei „Die Linke“ lernen kann – Seite 3

dfi information

Studie zur EU-Mission „100 Klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“ – Seite 6

„Toujours motivé.e.s!“ Französischlehrer:innentag erstmals in Baden und Württemberg – Seite 7

Alumni Netzwerktreffen
Gips-Schüle-Stiftung StipendiatInnen – Seite 8

„Europas eigener Weg“ – Buchvorstellung und Diskussion in Bern – Seite 9

Deutsch-Französischer Tag 2025:
Vielfältige Aktivitäten des dfi – Seite 10

Interviews zur Verurteilung von Marine Le Pen – Seite 12

Warten auf die GroKo: Le Podcast Folge S5 E9 – Seite 12

Oppenheimer – Briefe einer jüdischen Familie gegen das Vergessen. Szenische Lesung anlässlich des Int. Tages gegen Rassismus – Seite 13

„Zurück zur Wirklichkeit“ Claus Leggewie über sein neu erschienenes Buch – Seite 14

dfi service

Vortragsreihe des dfi in Kooperation mit der vhs Ludwigsburg – Seite 15

DFH/UFA ehrt herausragende grenzüberschreitende Studien- und Forschungsleistungen – Seite 16

Impressum / Termine – Seite 16

Newsletter dfi aktuell abbestellen:

► <https://www.dfi.de/index.php?id=104>

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 1 | 2025

Deutschland und Frankreich müssen das Momentum nutzen



Abendessen von Emmanuel Macron und Friedrich Merz im Élysée-Palast, 26. Februar 2025
© Sarah Steck / Présidence de la République

dfi analyse

In ihrem Beitrag analysiert dfi-Präsidentin Sylvie Goulard die Bedeutung Deutschlands und Frankreichs für Europa in der heutigen Zeit. Sie fordert ein Gesamtkonzept und einen Stufenplan, um die Herausforderungen, vor denen Europa steht, gemeinsam anzugehen und ruft dazu auf, sich jetzt an die Arbeit zu machen.

In den bewegten Zeiten, in denen wir derzeit leben, stellt das gegenseitige Vertrauen der Deutschen und Franzosen (siehe Schaubilder Seite 2) einen großen Schatz dar. Dieses Vertrauen fällt jedoch nicht vom Himmel, sondern ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen. Fragt man sich, was *le franco-allemand*, die besondere bilaterale Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland, im Grunde ausmacht, so sind es weniger Schlagworte wie *couple* oder „Motor“, als vielmehr geduldige Arbeit und die Fähigkeit, immer wieder auftretende, die Einheit bedrohende Unterschiede in Konvergenzen umzuwandeln.

Von der Montanunion bis zum Euro, vom Elysée-Vertrag bis zum Vertrag von Aachen, war die Kooperation unserer Staats- und Regierungschefs entscheidend, um europäische und bilaterale Initiativen auf den Weg zu bringen. Wir verdanken ihnen viel. Aber diese großen Entwürfe alleine wären ohne die Zivilgesellschaft, ohne die Verflechtung von Unternehmen und Arbeitnehmern, ohne die Zusammenarbeit von Gremien und Bildungseinrichtungen, ohne den Austausch zwischen wissenschaftlichen und kulturellen Kreisen nicht zustande gekommen. Das dfi hat auf seine Weise dazu beigetragen.

Seit einiger Zeit haben die deutsch-französischen Anstrengungen zugegebenermaßen nachgelassen. Natürlich gibt es immer noch viele Initiativen, die tolle Projekte realisieren, aber mit dem Verschwinden der Kriegsgeneration ist die Frage aufgetaucht: „Wozu heute noch ein deutsch-französisches Sonderverhältnis?“ Der Frieden schien selbstverständlich zu sein,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

ebenso wie Demokratie, Freiheit und Wohlstand. Nachdem die Berliner Mauer gefallen und die europäische Familie wieder vereint war, neigte ganz Europa dazu, sich auf seinen Errungenschaften auszuruhen. Die Entwicklung des Binnenmarktes geriet ins Hintertreffen, auch in so lebenswichtigen Bereichen wie der Finanzierung von Innovationen. Das Europa der Verteidigung blieb in der Schublade, die Diplomatie begnügte sich damit, auf Sicht zu fahren, um die jeweiligen Positionen zu koordinieren. Schlimmer noch, in unseren beiden Ländern ist die Europäische Union selbst zu einem Sündenbock geworden. Ohne ihre tatsächliche Bedeutung anzuerkennen, wird die EU von einigen als „bürokratisch“, „weit weg“ und „schwerfällig“ charakterisiert. Damit beschäftigt, den Splitter im Auge Brüssels zu suchen, übersahen wir den Balken in unserem eigenen: Während sich die Welt rasant veränderte, lebten wir vor uns hin, jeder auf seine Weise, indem wir unsere Sicherheit an Dritte delegierten, über unsere Verhältnisse lebten und die Kluft zwischen unseren Worten und unseren Taten immer größer werden ließen.

Aber das ist Schnee von gestern. Wir sollten jetzt nach vorne blicken. Dabei leiten mich zwei Gewissheiten, die weniger auf einem Gefühl der Überlegenheit oder Exklusivität beruhen, als vielmehr auf einer Form der Demut.

Erstens tragen wir, Franzosen und Deutsche, gemeinsam eine besondere Verantwortung: nicht, weil wir besser wären als die anderen, sondern weil wir gemeinsam manchmal schlimmer waren. Die Gräberreihen in Verdun und die Deportationen der jüdischen Bevölkerung zeugen davon. Die *raison d'être*, die Legitimität des europäischen Aufbauwerks sind seine Werte, allen voran der Vor-

rang des Rechts vor der Gewalt. Der Primat des Rechts, welcher die Würde des Menschen und die territoriale Integrität der Staaten garantiert, muss mehr denn je bekräftigt werden. In einer Demokratie müssen Normen verständlich sein und natürlich muss über Bürokratieabbau und Vereinfachung diskutiert werden, aber wir würden einen kolossalen Fehler begehen, wenn wir plötzlich damit beginnen würden, die Grundlagen der Menschenrechte, der sozialen Marktwirtschaft und des Schutzes unseres Planeten insgesamt infrage zu stellen. Ohne Regeln ist die Welt ein Dschungel. Nun sind die großen Raubtiere aber bereits losgelassen.

Gleichzeitig werden die nächsten Schritte, der „letzte Kilometer“ des europäischen Einigungswerks, sehr mühsam. Wir sprechen nun über die eigentlichen Kernbereiche staatlicher Souveränität. Wirtschaft, Außenpolitik, Verteidigung – die Stunde ist ernst. Ein echter Fortschritt wird sicherlich nicht mit 36 oder 37 Mitgliedstaaten – je nach dem geplanten Erweiterungsprojekt – gelingen, vermutlich nicht einmal mit 27 Staaten. Die bilateralen deutsch-französischen Bemühungen könnten aber als Versuchslabor dienen.

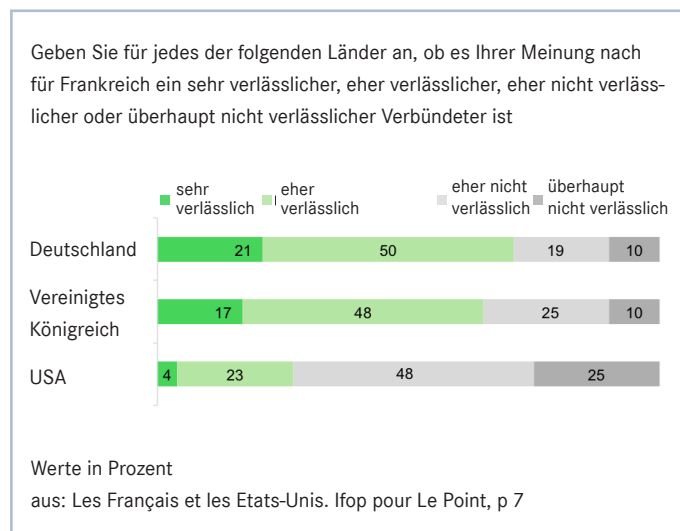
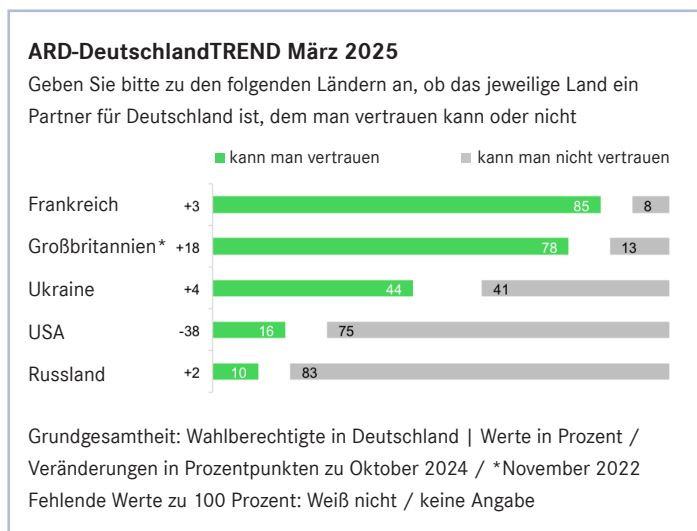
Aus all diesen Gründen ist es unsere Aufgabe, ein Gesamtkonzept und einen Stufenplan zu entwerfen. Beides ist notwendig, denn der Realismus gebietet es uns, sowohl vom Bestehenden auszugehen, als auch einen Schritt weiter zu denken. In dieser Hinsicht bin ich immer wieder erstaunt, wie gut sich unsere beiden Länder ergänzen. Unsere Unterschiede funktionieren ein wenig wie die *checks-and-balances* Europas. Frankreich hat eine starke Exekutive, die in Krisen entscheiden kann, und bedeutende militärische Fähigkeiten, einschließlich der nuklearen Abschreckung.

Frankreichs Präsidenten haben alle mit der Idee eines „starken Europas“ geliebäugelt, ohne sich jedoch um das administrative und politische Fundament zu kümmern, oder die Aufteilung von Kompetenzen in Betracht ziehen zu wollen, die ein „starkes Europa“ und eine entsprechende Entscheidungsfähigkeit erst möglich machen würde. Frankreich wollte nicht das „Piemont Europas“ sein, sagte Tommaso Padoa-Schioppa, und bezog sich damit auf die italienische Einigung im 19. Jahrhundert, die vom Königreich Sardinien-Piemont vorangetrieben wurde. Die „strategische Autonomie“ ist zwar ein legitimes Ziel, setzt jedoch eine innovative Wirtschaft und gesunde öffentliche Finanzen voraus.

In Deutschland spielt umgekehrt das Parlament eine zentrale Rolle, um politische Entscheidungen zu legitimieren und wertvolle Leitplanken einzuziehen. Lange Zeit schreckte das Land davor zurück, eine militärische Rolle zu spielen, und konzentrierte seine Anstrengungen auf seine Wirtschaftskraft. Die Schwäche seines Verteidigungsapparats und die Unwägbarkeiten der Globalisierung stellen heute jedoch eine große Verwundbarkeit dar.

Es ist an der Zeit, eine Debatte ohne Tabus zu eröffnen, die unsere Stärken aufzeigt und gleichzeitig unsere Schwächen ehrlich analysiert. Unser Humankapital, unser wirtschaftliches Potenzial, unsere Dienstleistungen, unsere Forschungskapazitäten und unsere Streitkräfte sind nicht zu vernachlässigen. Wenn wir sie mobilisieren, können wir aufholen, auch wenn wir uns aufgrund technologischer Mängel, unserer schlechten Angewohnheit, uns auf andere zu verlassen, oder unserer Abhängigkeit von einem mittlerweile regellosen Welthandel doppelt anstrengen müssen.

Welches Land ist ein verlässlicher Partner? Umfragen von März 2025



Eigene Darstellungen mit Daten aus: (D): <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/maerz/>

(F): <https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-les-etats-unis/>

Fortsetzung von der vorigen Seite

Wie können wir vorgehen? Indem wir hart daran arbeiten, etwas anderes zu erfinden. In einer Welt zunehmend nationalistischer Mächte, die bereit sind, ihre Interessen mit aller Härte zu verteidigen und sogar das Chaos heraufzubeschwören, lässt sich die Frage nach der angemessenen Ebene des politischen Handelns nicht mehr umgehen. Können wir uns auf die Europäische Union verlassen, so wie sie ist, beziehungsweise was Verteidigung und Diplomatie angeht, so wie sie nicht ist? Wir messen uns mit Nationalstaaten, ohne selbst einer werden zu wollen. Ist das die klügste Wahl oder müssen wir nicht, um uns zu verteidigen und bestehen zu können, über die bestehenden Strukturen hinausgehen?

Mit dem Aufbau Europas haben wir die Werkzeuge verstreut, die unsere Rivalen (unsere Gegner?) alle in einer Hand halten. Im Angesicht von Donald Trump, der abwechselnd geopolitische und handelspolitische Drohungen ausspricht, behaupten wir, zollpolitisch in Brüssel reagieren zu wollen, während wir die diplomatischen und verteidigungspolitischen Reaktionen dem *good*

will der 27 Mitgliedstaaten überlassen. Aber wenn der US-Präsident morgen die Stärke des Dollars ausspielen würde, könnte keine „Regierung der Eurozone“ zurückschlagen. Im IWF existiert die Eurozone als solche überhaupt nicht. In Brüssel auch nicht, da die Eurogruppe ein informelles Gremium ist. Alle Entscheidungen, die uns betreffen, werden in Anwesenheit derjenigen getroffen, die sich geweigert haben, Teil der Währungsunion zu werden. So vergeuden wir aus Nationalismus und Kleinmut unsere Chance, in der Welt etwas zu bewirken.

Wenn eine russische Rakete ein paar Minuten braucht, um Stuttgart oder Lyon zu treffen, wie kann man sich dann dauerhaft auf dieses periodisch tagende, in der Einstimmigkeit verstrickte Organ des Europäischen Rats verlassen? Angeblich ist er für das Gemeinwohl zuständig, dabei ist er gerade der Ort, an dem nationale Konfrontationen ausgetragen werden. Wie lange können wir in der EU noch blinde Passagiere tolerieren, die zwar Gelder und Marktzugang mitnehmen, dabei aber weder die Rechtsstaatlichkeit

respektieren noch sich solidarisch fühlen? Und selbst bilateral, zwischen Franzosen und Deutschen, würde sich die Frage stellen, wer zum Beispiel über die Anwendung von Gewalt entscheiden könnte? Die Verteidigung ist eine Angelegenheit von Leben und Tod, die Schnelligkeit, Effizienz und Legitimität erfordert. Eine vage Koordinierung der nationalen Positionen reicht hier nicht aus, wie die – bislang begrenzten – Ergebnisse der Treffen in Paris oder London zeigen, bei denen Dutzende von europäischen Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, um der Ukraine zu helfen.

Die Aufgabe ist riesig, aber eben auch sehr spannend, denn letztendlich geht es darum, ein Wir-Gefühl zu entwickeln, ohne das jeder Ansatz kollektiven Handelns sinnlos ist. Deshalb ist das gegenseitige Vertrauen zwischen Franzosen und Deutschen ein großer Schatz und angesichts des bereits zurückgelegten Weges ein Grund zur Hoffnung.

Sylvie Goulard

► goulard@dfi.de

Politik, soziale Medien und junge Wähler: Was man von der Partei „Die Linke“ lernen kann

dfi analyse

In den Debatten über die Rolle sozialer Netzwerke bei Wahlen werden oft die

Risiken von Mikrotargeting, Bots und Desinformation¹ thematisiert. Häufig geht es dabei auch um die Sorge, dass rechtsextreme Kräfte die sozialen Medien dominieren – besonders unter jungen Menschen, die sich vor allem online informieren². Bei der Kampagne für die vorgezogenen Bundestagswahlen 2025 konnte sich jedoch nicht die AfD, sondern die Partei Die Linke unter den jungen Wählerinnen und Wählern durchsetzen.

25 % der 18- bis 24-Jährigen stimmten für sie, während die AfD „nur“ auf 21 % kam.³ Besonders bei jungen Frauen erzielte Die Linke hohe Werte:

¹ Die Jugendlichen sind sich dieses Risikos übrigens bewusst: <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=96878>

² <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf>

³ Ebd.

35 % wählten sie, im Vergleich zu 16 % der jungen Männer.⁴ Auch bei den Erstwählenden war das Ergebnis eindeutig: 27 % entschieden sich für Die Linke – ein Anstieg um beeindruckende

⁴ Ebd.

19 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021. Selbst bei den unter 18-Jährigen lag die Partei vorne: Fast 21 % gaben an, sie wählen zu wollen.⁵ Die AfD bleibt bei diesen Gruppen sehr beliebt: 15 %

⁵ <https://wahlen.u18.org/wahlergebnisse/bundestagswahl>



© <https://www.pexels.com/photo/close-up-of-a-smartphone-screen-displaying-social-media-app-folder-15406294/>

Fortsetzung von der vorigen Seite

der unter 18-Jährigen hätten sie gewählt⁶, während 24 % der 25- bis 34-Jährigen bei der Wahl tatsächlich ihre Stimme für die Partei abgaben.

Diese Ergebnisse überraschen, da Die Linke auf nationaler Ebene lediglich 8,8 % der Stimmen erreichte und lange Zeit befürchten musste, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Ein zentraler Faktor für ihren Erfolg war die gezielte Nutzung sozialer Netzwerke. Die Partei richtete ihre Kampagne stark auf junge Menschen aus – eine Wählergruppe, die oft unentschieden ist und sich mit dem aktuellen politischen Kurs unzufrieden zeigt. Die Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek hat auf TikTok über 600.000 Follower – deutlich mehr als Robert Habeck (100.000) oder Friedrich Merz (170.000), wenn auch weniger als Alice Weidel (960.000). Ein zentrales Ziel der Online-Kampagne war es, „die digitalen Räume nicht den Faschisten und Neoliberalen zu überlassen“⁷, wie es in einem Handbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, einer nahestehenden Stiftung der Partei Die Linke, heißt.

Dieser kurze Beitrag analysiert die Social-Media-Strategie Der Linken und zeigt, welche Rolle soziale Netzwerke bei ihrem Erfolg unter jungen Wählerinnen und Wählern gespielt haben – und mit welchen Mitteln dies gelang. Interessanterweise ähneln einige dieser Methoden denen der französischen Bewegung „La France Insoumise (FI)“.

Die Kampagne der Partei Die Linke

Schauen wir zunächst auf den Wahlkampf Der Linken zurück – eine Kampagne, in der die Partei ums politische Überleben kämpfte. Seit der Abspaltung von Sahra Wagenknecht, die inzwischen ihre eigene Partei gegründet und bei dieser Wahl kandidiert hatte, schien Die Linke dem Untergang geweiht. Lange war unklar, ob sie die nötigen 5 % für den Einzug in den Bundestag überhaupt erreichen würde.

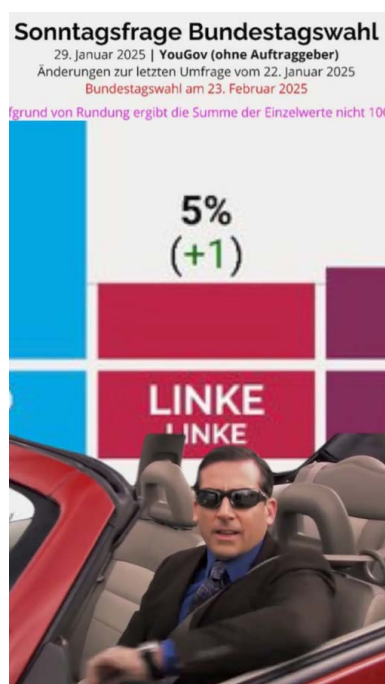
Um dennoch eine Chance auf Parlamentssitze zu wahren, startete die Partei die „Mission Silberlocke“⁸ – eine Strategie, die sich um die ikonischen Figuren Bodo Ramelow, Gregor Gysi und Dietmar Bartsch drehte. Ihr Ziel: durch die Hintertür der drei Direktmandate ins Parlament einzuziehen. Der Wahlkampf konzentrierte sich stark

auf diese populären Persönlichkeiten, wobei von Anfang an Humor eine zentrale Rolle spielte. Schon damals wollte die Partei gezielt junge Menschen ansprechen – etwa durch das [Treffen](#) zwischen Gregor Gysi und DJ Gysi (einem DJ, der Gysis Reden remixte) oder Bodo Ramelows Auftritt als [geschminkter Metal-Sänger](#).

Den entscheidenden Wendepunkt brachte jedoch die Abstimmung über einen von der CDU/CSU Ende Januar 2025 eingebrachten Antrag zur Migration. Der Antrag löste massive Kritik und Proteste in weiten Teilen der Gesellschaft aus. Für Die Linke wurde dieser Protest durch Heidi Reichinnek verkörpert: Ihre wütende Rede im Bundestag verbreitete sich viral im Netz und sorgte vor allem bei jungen Menschen für große Sympathie. Dieser Moment stellte eine entscheidende Wende im Wahlkampf dar und führte zu einer Dynamik, die maßgeblich von jungen Wählerinnen und Wählern getragen wurde. Am Ende gelang Der Linken nicht nur die Rückkehr ins Parlament mit über 8 % der Stimmen – sie konnte sich zudem sechs Direktmandate sichern.

Less is more: Eine klare Botschaft für eine größere Verbreitung

In den sozialen Netzwerken hat sich Die Linke gezielt an die Jugend gewandt – und das auf verschiedene Weise. Drei Beispiele veranschaulichen diesen Ansatz und zeigen, welche Strategien sich besonders eignen, um junge Menschen anzusprechen.



Ein TikTok von @die.linke, gepostet am 31. Januar 2025

Das erste Beispiel ist ein [Beitrag](#), in dem die Partei sich selbst mit der Figur Michael Scott aus der US-Sitcom *The Office* vergleicht. In der Szene sagt Scott – hier als Personifizierung Der Linken – angesichts erster Umfragen, die die Partei über die entscheidende 5 %-Hürde heben: „Ich bin wieder da.“ Das Narrativ des „Comebacks des Jahres“ zieht sich durch zahlreiche weitere Beiträge (z. B. [hier](#) oder [da](#)). Diese Art des Storytellings funktioniert hervorragend – schließlich lieben viele Menschen Geschichten über triumphale Rückkehrer. Besonders clever ist auch der gewählte Verweis: *The Office* ist eine extrem beliebte Serie, die viele junge Menschen anspricht. Die Botschaft „Die Partei ist zurück“ wird mit einem bekannten und aussagekräftigen kulturellen Verweis kombiniert – simpel, aber wirkungsvoll. Gerade für junge Menschen, die politische Sprache oft als unverständlich oder wenig authentisch empfinden⁹, ist diese klare und humorvolle Kommunikation ein Vorteil. Kurz gesagt, eine klare Botschaft in einem gemeinsamen Verständnisrahmen.

Das zweite Beispiel ist ein [Video](#), in dem die Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek das Wahlprogramm Der Linken „rappt“ – unterlegt mit *Rap God* von Eminem. Auch hier setzt die Partei auf eine geteilte Kultur: Der Song und das Format sind bekannt, gleichzeitig wird ein komplexes politisches Thema kreativ vermittelt. Politische Programme lassen sich in sozialen Netzwerken oft schwer platzieren, weil Inhalte dort kurz und prägnant sein müssen. Doch in diesem Fall hat sich die Idee gelohnt: Das Video wurde über zwei Millionen Mal angesehen – und das, obwohl (oder gerade weil) es in weniger als 40 Sekunden einen Großteil des Parteiprogramms vorstellt. Diese Form der politischen Kommunikation macht Inhalte zugänglich, ohne zu verkopft oder trocken zu wirken.

Das dritte Beispiel ist der [Meme-Wettbewerb](#) des Instagram-Accounts *die.linke.memes*. Obwohl es sich nicht um einen offiziellen Parteikanal handelt, wurde der Wettbewerb vom Karl-Liebknecht-Haus (der Parteizentrale) unterstützt. Hier zeigt sich ein weiterer zentraler Aspekt der Kampagne: das gezielte Schaffen von Engagement. Es reicht nicht aus, bekannte Jugendformate klug zu adaptieren – entscheidend ist, dass die Inhalte auch gesehen und weiterverbreitet werden. Ein Meme-Wettbewerb ist dafür ein ideales Mittel: Er

6 <https://wahlen.u18.org/wahlergebnisse/bundestagswahl>

7 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/lux_beitr_19_Influencing_web.pdf, S. 3

8 <https://www.mission-silberlocke.de/start/aktuell/>

9 https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/75782/ssoar-2021-spori_et_al_Jung_digital_engagiert_Welche_Rolle.pdf?sequence=1&lnkname=ssoar-2021-spori_et_al_Jung_digital_engagiert_Welche_Rolle.pdf

Fortsetzung von der vorigen Seite

generiert nicht nur eine kostengünstige Werbekampagne, sondern baut auch eine aktive und engagierte Community auf. Wer einmal selbst ein Meme erstellt und eingereicht hat, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder tun – und andere dazu motivieren, ebenfalls mitzumachen.

Auf diese Weise hat Die Linke eine einfache, aber äußerst wirksame Social-Media-Strategie entwickelt. Durch klare, leicht verständliche Inhalte in vertrauten Formaten erreicht sie junge Menschen auf Augenhöhe. Gleichzeitig fördert sie durch interaktive Formate wie Wettbewerbe eine aktive Community, die über ein bloßes Like hinausgeht – und so eine treue, engagierte Anhängerschaft schafft.

Die Linke und La France insoumise: ähnliche linke Strategien

Die Kommunikationsstrategie Der Linken in den sozialen Netzwerken weist viele Parallelen zu der von *La France Insoumise* (LFI) auf. Das ist wenig überraschend, denn beide Parteien haben ideologische Gemeinsamkeiten – und Jean-Luc Mélenchon hat die Partei „Parti de Gauche“ nach dem Vorbild Der Linken gegründet. Oskar Lafontaine war sogar beim ersten Kongress anwesend.

Ein zentraler Punkt ist die gemeinsame Herangehensweise an soziale Netzwerke. Diese werden nicht als Nebenschauplatz betrachtet, sondern als essenzieller Bestandteil der politischen Kom-

munikation. Beide Parteien setzen darauf, Inhalte mit einer klaren und einfachen Botschaft zu verbreiten, die gezielt junge Menschen anspricht¹⁰ – häufig in Form von Memes. Darüber hinaus beteiligen sich beide aktiv an der Verbreitung politischer Botschaften auf kreativen Wegen. Während Die Linke im Wahlkampf einen Meme-Wettbewerb unterstützte, verbreitete LFI 2024 zahlreiche künstlerische Zeichnungen ihrer Kandidatinnen und Kandidaten¹¹ – ein cleverer Anreiz, um noch mehr solcher Illustrationen zu erzeugen. Diese Strategie funktioniert vor allem deshalb, weil beide Parteien auf eine engagierte und aktive Basis setzen, die hilft, Botschaften weitreichend und kostengünstig zu verbreiten.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die gezielte Polarisierung. Der politische Diskurs von La France Insoumise ist stark protestgeprägt und schafft eine klare Gegenüberstellung von Wir und Sie. Dieses Muster findet sich auch bei Den Linken. ▶ So gibt es eine bewusste Selbstverortung als „Wir“, etwa in dem antifaschistischen Slogan „Wir sind die Brandmauer“. Besonders nach der Abstimmung über den CDU/CSU-Antrag spielte der Antifaschismus eine zentrale Rolle in der Kommunikation der Partei – ein Mittel, um die aus der Empörung entstandene Energie politisch zu nutzen. Gleichzeitig wird der Gegner – das „Sie“ – als Kontrastfigur aufgebaut. Ein ▶ Beispiel dafür ist die Verwendung des Songs „Not Like Us“ von Kendrick Lamar, der einen fundamentalen kulturellen Gegensatz zwischen einer antifaschistischen, sozialistischen Bewegung und einem oft bewusst vage gehaltenen politischen Gegner markiert.

Fazit

Die Strategie Der Linken zeigt eindrucksvoll, welche Möglichkeiten es gibt, junge Menschen über soziale Netzwerke zu erreichen. Durch die geschickte Nutzung der Plattform-spezifischen Codes und Elemente der Internetkultur lassen sich politische Inhalte ansprechend und zugänglich gestalten. Die Kombination aus Humor und Politik kann dabei helfen, potenzielle Wähler anzusprechen und langfristig an die Partei zu binden. Tatsächlich scheint Die Linke genau das

besonders gut zu beherrschen – der deutliche Anstieg in den Umfragen und die hohen Stimmengewinne bei jungen Menschen sprechen für sich.

Wie wir gesehen haben, ist es Der Linken gelungen, die Anliegen und Interessen der jungen Generation gezielt anzusprechen. Doch es wäre ein Fehler zu glauben, dass diese Wählergruppe automatisch dauerhaft an eine Partei gebunden ist. Junge Wähler sind volatil. 2021 erzielten die Grünen und die FDP in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen starke Ergebnisse (jeweils 23 % und 21 %). Nur vier Jahre später mussten beide Parteien massive Verluste hinnehmen (jeweils 13 und 16 Prozentpunkte weniger). Diese Wechselhaftigkeit dürfte eng mit der Regierungsverantwortung zusammenhängen – und könnte für eine Oppositionspartei wie Die Linke in den kommenden Jahren von Vorteil sein.

Natürlich bleibt eine zentrale Frage: Kann politische Kommunikation im Netz allein auf kurze, humorvolle Formate setzen? Die Antwort ist klar: Nein. Politik erfordert oft tiefere Auseinandersetzungen, als es Social-Media-Inhalte zulassen. Dennoch können kurze, unterhaltsame Formate als Einstieg dienen, um Interesse zu wecken und dann auf ausführlichere Inhalte oder politische Debatten zu verweisen. Diese Strategie verfolgt nicht nur Die Linke – auch andere Parteien wie die SPD nutzen ähnliche ▶ Ansätze.

Es kann festgehalten werden, dass soziale Netzwerke kein Ersatz für klassische politische Formate wie Wahlkampfstände oder Podiumsdiskussionen sind, aber sie bieten eine wertvolle Möglichkeit, junge Menschen überhaupt erst zu erreichen und ins politische Geschehen einzubinden. Dabei zeigt sich: Digitale Inhalte können nicht nur emotionalisieren, sondern auch substantiell politische Themen vermitteln. So sind soziale Netzwerke zwar nicht die alleinige Lösung für eine erfolgreiche Jugendmobilisierung – aber sie sind ein entscheidender Baustein. Ein Baustein, den man nicht unterschätzen sollte.

Baptiste Bouchet ▶ bouchet@dfi.de



Beitrag von @die.linke.memes
gepostet am 10. Februar 2025

¹⁰ <https://umontreal.scholaris.ca/items/831c110c-2cbc-496a-a040-1aa797ce7b78>

¹¹ <https://x.com/FranceInsoumise/status/1804188530224013643>

Studie zur EU-Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“

Unter dem Dach des Europäischen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (Horizont Europa) wurde mit fünf so genannten „Missionen“ ein neues Instrument ins Leben gerufen, um konkrete Lösungen für einige der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

Eine davon ist der Klimaschutz. Hier kommt vor allem den Städten eine zentrale Rolle zu, denn ein Großteil der schädlichen CO₂-Emissionen entsteht dort. Daher hat die Kommission mit der Mission „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ das Ziel ausgegeben, experimentelle und innovative Ansätze zu erproben, die es letztlich allen europäischen Städten ermöglichen, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden.

Mithilfe einer Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat das dfi Funktionsweisen und Rahmenbedingungen der EU-Städtemission untersucht.

Ziel des Projektes

Für das Vorhaben hat das dfi analysiert, wie Pionierstädte im Rahmen der EU-Mission sowie nationaler Prozesse dabei unterstützt werden, den Weg zur Klimaneutralität mit innovativen und tragfähigen Lösungen zu beschleunigen, die sich auch in anderen Städten umsetzen lassen und somit zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Denn um schneller Fortschritte zu erzielen, müssen Innovationen erprobt und möglichst breit anwendbar sein. Im Fokus standen die Funktionsweise der europäischen Missionsplattform NetZeroCities sowie Strategien und Herangehensweisen in Frankreich, Schweden und Österreich.

Ergebnisse

Die Fallstudien zeigen, dass der auf ein konkretes Ziel ausgerichtete Missionsansatz neue Anforderungen an die Interaktion von Akteuren im Mehr-Ebenen-System stellt.

Von maßgeblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Etablierung einer transformativen Klimagovernance, die alle relevanten Akteure in den Prozess einbindet und auf diese Weise Wirkung entfaltet. Hierfür wurde von der Missionsplattform – basierend auf einem in

Schweden entwickelten Modell – das Instrument der Klimastadtverträge (Climate City Contracts, CCC) erarbeitet. Damit soll den Transformationsprozessen, die auf Ebene der Städte angestoßen werden, eine gewisse Verbindlichkeit verliehen werden. Außerdem dienen die CCC dazu, lokale Akteure (über die Stadtverwaltung hinaus) einzubinden und eine Strategie für die Klimaneutralität der Gesamtstadt zu erarbeiten, die mit konkreten Klimainvestitionsplänen unterlegt wird. Es geht darum, die Hebel zu identifizieren, mit denen die größte Wirkung bei der Reduktion von Emissionen erzielt werden kann, und davon ausgehend Maßnahmenpakete zu schnüren, um rasch in die Umsetzung zu kommen.

In diesem Kontext stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Finanzierung lokaler Klimainvestitionen, die auf europäischer wie auf nationaler Ebene intensiv diskutiert wird. Sicher ist, dass öffentliche Förderungen den Finanzierungsbedarf nicht annähernd decken können. Daher wird im Rahmen der Mission an Instrumenten gearbeitet, um Städten den Zugang zu privaten Investoren zu erleichtern. Hier steht man allerdings noch relativ am Anfang. Ein weiterer Schlüssel ist die Regulierung, um Städten Planungssicherheit zu geben und Handlungsspielräume für zielgerichtete Maßnahmen zu eröffnen. Auch deshalb ist das Zusammenwirken mit staatlichen Akteuren für den Erfolg der Mission von großer Bedeutung. Am Beispiel der untersuchten Vorgehensweisen ist deutlich geworden, dass bestehende Hürden und Blockaden – etwa in Bezug auf Finanzierungs-, Governance- und Regulierungsfragen – sich am besten im Dialog identifizieren und bearbeiten lassen. So wird ein gemeinsamer Lernprozess in Gang gesetzt, der die Grundlage für systemische Anpassungen bilden kann.

Diese Anpassungsprozesse erfordern Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen. Die EU-Mission hat eine Dynamik befördert, die in vielen Pionierstädten bereits vor einigen Jahren Fahrt aufgenommen hat. Mit Blick auf das ambitionierte Missionsziel 2030 und sich verändernde politische Rahmenbedingungen, die den Klimaschutz auf der Prioritätenliste absinken lassen könnten, stellt sich allerdings die Frage, ob dieses Momentum auch in den kommenden Jahren aufrechterhalten werden kann.

Die Ergebnisse des Projekts werden der Öffentlichkeit im Rahmen von Veranstaltungen und verschiedenen Publikationsformaten zugänglich gemacht. Am 16.12.2024 wurden Erkenntnisse aus der Studie bei einem [▶ Online-Seminar von TANDEM](#) vorgestellt, an dem mit Aachen und Dijon auch zwei Missionsstädte aus Deutschland und Frankreich teilnahmen. Ende Dezember folgte die Veröffentlichung der AFA Nr. 44 (s.u.), in der Ziele, Struktur und Instrumente der Städtemission sowie die Entwicklung nationaler Prozesse in Frankreich, Schweden und Österreich analysiert werden. Außerdem ist im März 2025 in der Zeitschrift GAIA eine [▶ Kurzfassung der Studienergebnisse](#) erschienen.

Publikation

EU-Mission „100 klimaneutrale und intelligente Städte bis 2030“

Funktionsweise, Erfahrungen und Herausforderungen

Dominik Grillmayer, Eileen Keller,
Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.),
Dezember 2024



Die AFA 44 als [▶ pdf zum Download](#)

Kontakt:

Dominik Grillmayer [▶ grillmayer@dfi.de](mailto:grillmayer@dfi.de)

Weitere Links zur EU-Mission:

- [▶ Climate-neutral and smart cities - European Commission](#)
- [▶ Home - NetZeroCities](#)

„Toujours motivé.e.s!“

Französischlehrer:innentag erstmals in Baden und Württemberg



Gauthier Gabarrot erklärt die Inhalte seines Ateliers „Enseigner le français avec l'IA. L'Intelligence Artificielle intelligemment!“
© dfi

Am 21. und 28. März 2025 haben das dfi, das Institut Français de Stuttgart (IF), das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg sowie die Vereinigung für Französischlehrerinnen und -lehrer e.V. ein weiteres Mal gemeinsam eine Fortbildung für den Französischunterricht angeboten. Erstmals machte die 2010 vom dfi und dem IF begonnene Reihe dabei sowohl in Baden als auch in Württemberg Station, wobei im Breisgau das Regierungspräsidium Freiburg als Mitveranstalter auftrat, in Ludwigsburg das Regierungspräsidium Stuttgart.

Möglich gemacht haben die Doppelung der Veranstaltung die Gastfreundschaft des Deutsch-Französischen Gymnasiums in Freiburg und des Goethe-Gymnasiums in Ludwigsburg, das zum dritten Mal in Folge seine Räumlichkeiten gemäß dem diesjährigen Motto „Toujours motivé.e.s!“ für neue Impulse für den Französischunterricht öffnete.

Französisch erleben, nicht ertragen

Aus organisatorischen Gründen konnte an den beiden Terminen nicht das gleiche Programm angeboten werden, die Struktur – ein Plenumsvortrag und im Anschluss daran drei Ateliers, aus denen man eines auswählen konnte – war aber jeweils die gleiche.

Für das Regierungspräsidium Freiburg wies Studiendirektor Michael Fuchs am 21. März in seiner Begrüßung auf die Bedeutung des DELF-Zertifikats für die Motivation der Lernenden hin. Dem pflichtete Gaël de Maisonneuve, französischer Generalkonsul und Direktor des Institut Français Stuttgart, in seiner Ansprache bei und verlieh im

Anschluss als Würdigung ihres Engagements für die französische Sprache mehreren Schulen aus Baden DELF-Plaketten.

Den „Vortrag für alle“ übernahm in Freiburg Grégoire Fischer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigung der Französischlehrerinnen und -lehrer e. V. Darin rief alle anwesenden Lehrkräfte dazu auf, das Unterrichtsfach Französisch von jedweder elitären Aura zu befreien und künftig auf die permanente Beschwörung der deutsch-französischen Aussöhnung als Rechtfertigungsgrund der Anwahl des Faches Französisch zu verzichten. Außerdem sprach er sich dafür aus, im Sinne der Mehrsprachigkeit innerhalb Europas, zwei lebende Fremdsprachen als Pflichtfächer in der Oberstufe zu belegen und den Schülerinnen und Schülern parallel dazu die Möglichkeit zu geben, Mathematik abzuwählen. Grundsätzlich sollten die Ausrichtung und die Umsetzung des Faches Französisch derart gestaltet werden, dass die Schülerinnen und Schüler Französisch erleben dürfen und nicht ertragen müssen.

Der Frage, wie sich Migration und Integration in Frankreich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute entwickelt haben, ging Martin Villinger vom dfi in einem landeskundlichen Beitrag nach, der in Freiburg als Atelier und in Ludwigsburg als Plenumsvortrag angeboten wurde. Dabei zeigte er anhand von aktuellen Statistiken auf, dass Frankreich aufgrund seiner mittlerweile ebenfalls rückläufigen demographischen Entwicklung genau wie Deutschland auf Einwanderung angewiesen ist, um den Bedarf an Arbeitskräften in vielen Bereichen decken zu können. Dieser wichtige Aspekt

werde in der aufgeheizten aktuellen politischen Debatte leider allzu oft nicht berücksichtigt.

Auch der Austausch außerhalb der Schule ist wichtig

In Ludwigsburg betonte Regierungsschuldirektorin Claudia Häberlein vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg in ihrem Grußwort neben der Rolle eines innovativen Französischunterrichts auch die Bedeutung des Austauschs außerhalb der Schule. Dass solche Begegnungen und eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen notwendig sind, um die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, erläuterte Ursula Zipfel von der Vereinigung der Französischlehrerinnen und -lehrer e.V.

Der französische Generalkonsul und Direktor des Institut Français Stuttgart Gaël de Maisonneuve erklärte den Teilnehmenden, dass die französische Sprache mit ihren 330 Millionen Sprecher:innen nach wie vor eine der wichtigsten Sprachen im internationalen Kontext sei und dankte den Französischlehrkräften für ihr kontinuierliches Engagement. Im Anschluss verlieh er den Orden der „Palmes Académiques“ an Anne Löcherbach, Fachreferentin für Französisch am Regierungspräsidium Stuttgart, für ihr aktives und enthusiastisches Engagement für das Fach Französisch.

Vor Beginn der Veranstaltung und in den Pausen konnten sich die Lehrkräfte bei beiden Veranstaltungen an den Ständen des dfi, des Institut Français, der der Vereinigung der Französischlehrerinnen und -lehrer und der Verlage Klett, Cornelsen und Reclam über deren Angebote informieren. Die drei Verlage fördern den deutsch-französischen Tag seit vielen Jahren und haben so dankenswerterweise dazu beigetragen, dass er zu einem festen Termin im Schuljahr vieler Französischlehrer*innen geworden ist.

Kontakt: Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de



Der Stand des dfi während einer Pause. © dfi

Alumni Netzwerktreffen Gips-Schüle-Stiftung StipendiatInnen

Aus Anlass des 60-jährigen Jubiläums der Stiftung und um die 6-jährige Zusammenarbeit des dfi mit der Stiftung zu feiern, sollte für NachwuchswissenschaftlerInnen, die von der Stiftung gefördert werden oder wurden, ein Rahmen geschaffen werden, in dem sie sich austauschen und vernetzen können. Ebenso sollte es ermöglicht werden, sich miteinander über eigene Erfahrungen und Erlebnisse zu „Europa“ auseinanderzusetzen sowie Themenfelder identifizieren, die aus ihrer Sicht relevant für die zukünftige Arbeit der EU sind.

Der Einladung zu einem Alumni Netzwerktreffen an aktuelle und ehemalige StipendiatInnen der Gips-Schüle-Stiftung sind knapp 40 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefolgt.

Nach zwei ausführlichen Workshops haben die jungen Europäer Vorschläge oder Empfehlungen an die Europäische Kommission formuliert, die wir folgendermaßen zusammengefasst haben:

1. Mehr europäische Identitätsgefühle schaffen

Die EU wird die großen Schritte zu mehr Integration und Problemlösungen nur schaffen, wenn auch die Bevölkerungen unserer Länder den Weg mittragen. Anderenfalls werden die populistischen, im Kern anti-europäischen Parteien bald die Mehrheit erhalten.

Die oft zitierte und auch in unseren Diskussionen genannte „Wertegemeinschaft“ bleibt eine Worthülse, wenn sie nicht durch persönliche Erfahrung und

niedrigschwelligem Zugang zu Förderung bzw. Partizipation evident wird. Solch eine konkrete Erfahrung kann sowohl rational als auch emotional erfolgen. Auf der rationalen Wissensebene sollte ein verpflichtendes Schulfach „Europa“ ab der Primarschule oder auf jeden Fall während der Schulpflicht in ganz Europa eingeführt werden.

Eine weitere, absolut mögliche Maßnahme zur Förderung konkreter Zugehörigkeitsgefühle wäre ein Welcome-Set für alle neuen Mitglieder der EU (für Neugeborene und bei Einbürgerung). Einige Mitgliedstaaten haben bereits solche Instrumente und die Bilanz ist sehr positiv.

Auf der emotionalen Ebene ist der Schlüssel eine persönliche Erfahrung der Gemeinsamkeit, bei gleichzeitiger Differenzenerfahrung. Diese gilt es zu ermöglichen und zu stärken. Wir schlagen vor, einen verpflichtenden Austausch mit einem Partnerland in die Grund(aus)bildung aller jungen Europäerinnen und Europäer zu integrieren.

Im Anschluss an die Schulpflicht soll ein ebenfalls verpflichtender „sozialer Dienst“ in einem europäischen Partnerland (oder in einem internationalen Kontext im eigenen Land) eingerichtet werden. Dabei kann es sich um Wehrpflicht, Mitarbeit im Katastrophen- und Zivilschutz, um Kulturarbeit oder Mitarbeit in der Pflege handeln. Eine Ausweitung der Erasmus-Programme kann von der EU in diesem Sinne finanziert werden. In diesem Zusammenhang kommt dem verstärkten Ausbau grenzüberschreitender Schnellbahnverbindungen besondere Bedeutung zu.



Die Villa des dfi bot hervorragende Möglichkeiten zum Netzwerken und Arbeiten © dfi

Und schließlich schlagen wir zur Förderung der Identifikation mit dem europäischen Integrationsprojekt vor, bei der Verteilung von EU-Fördergeldern vor Ort Elemente der Bürgerpartizipation verpflichtend einzuführen. Dies würde gleichzeitig das Bewusstsein fördern, dass die EU für alle Bürgerinnen und Bürger Chancen und Vorteile bedeutet.

2. Anders kommunizieren

Ein wichtiger Teil unserer Diskussionen drehte sich um die Frage der Kommunikation. Dabei geht es weniger um die Kommunikation insgesamt (die Kommission publiziert sehr viel), sondern eher um die Form der Kommunikation. Positive Narrative sind der Schlüssel, damit alle Menschen den Nutzen und die Faszination spüren können. Für die jüngere Generation ist dabei die Welt der Social Media von entscheidender Bedeutung. Alternative Social Media Plattformen müssen gefördert werden, um die Abhängigkeit von US-amerikanischen und chinesischen Plattformen zu beenden. Diese könnten dann schlicht abgeschaltet werden.



Gips-Schüle-Stiftung Vorstand Dr. Stefan Hofmann inmitten der StipendiatInnen © dfi



Eine Teilnehmerin erläutert Ihre Ansichten © dfi

Fortsetzung von der vorigen Seite

Eine weitere Ebene der Kommunikation sind Symbole und symbolische Aktionen. Warum gibt es nicht einen wirklichen europäischen Feiertag in allen Ländern (der 9. Mai erreicht nicht sehr viele Menschen)? Eine gemeinsame europäische Telefonvorwahl wäre eine weitere Maßnahme, die umsetzbar wäre. Und wenn alle ganz praktischen Errungenschaften (wie der einheitliche USB-Anschluss) als solche gekennzeichnet würden? Dann würden sich viele Menschen erst bewusst, dass Vereinheitlichung nicht nur Schikane ist.

3. Mehr Souveränität

Die europäische Souveränität ist heute in aller Munde. Als junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehen wir vor allem Handlungsbe-

darf in den Bereichen der epochalen Innovationen: Die EU muss eigene KI-Modelle schaffen und sowohl die Forschung dazu als auch die industrielle Nutzung fördern. Zu den dringendsten Aufgaben gehören auch die Schaffung und Förderung von Quantencomputern. Insgesamt muss die Forschung in diesen Bereichen stark gefördert werden. Zu viele Startups wandern in die USA aus, weil die unternehmerische Entwicklung in Europa durch zu viele administrative Vorgaben behindert wird.

4. Mehr Zuständigkeit für die EU

Vetos einzelner Mitglieder verhindern sinnvolle und von der großen Mehrheit getragene Entscheidungen, weshalb Mehrheitsentscheidungen un-

verzichtbar sind. Wenn dies im Rahmen der bestehenden Verträge nicht einfach umzusetzen ist, müssen einzelne Staaten vorangehen - notfalls durch die Schaffung eines Kerneuropa. Diese Idee ist ja nicht neu und wurde immer wieder vorgebracht. Parallel müssen härtere Sanktionen gegen diejenigen EU-Länder verhängt werden, die sich nicht an die vereinbarten Regeln halten.

Nicht alle Vorschläge sind neu, andere in ihrer Einfachheit überraschend. Wir haben diese Empfehlungen an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gesendet mit der Bitte, sie an den entsprechenden Stellen in die Diskussionsprozesse einzubringen.

Kontakt: Susanne Binder ► binder@dfi.de

„Europas eigener Weg“ – Buchvorstellung und Diskussion in Bern



Diskutieren mit Stefan Seidendorf: Buchautorin Gret Haller, Sabine Saurugger, Franz Mayer
Foto: Deutsche Botschaft Bern

In Form einer erfolgreichen Premiere veranstalteten die deutsche und die französische Botschaft in Bern ihren ersten gemeinsamen Diskussionsabend zur Zukunft Europas.

Den Rahmen gab dazu das seit längerem etablierte Format des „Ber(l)ner Salons“, einer Diskussionsveranstaltung in der Residenz des deutschen Botschafters in Bern. Dazu hatten Botschafterin Marion Paradas (Frankreich) und Botschafter Michael Flügger (Deutschland) die Juristin und ehemalige Schweizer Nationalratspräsidentin, Diplomatin und Botschafterin beim

Europarat in Strasbourg, Gret Haller eingeladen, ihr neues Buch „Europas eigener Weg – Politische Kultur in der Europäischen Union“ (Zürich: Rotpunktverlag) vorzustellen. Ihr inzwischen auch auf Französisch erschienenenes Buch („L'Europe: Un chemin unique au monde. La culture politique dans l'Union européenne“, Lausanne: Fondation Jean Monnet, 220 cahier rouge) diskutierte sie im Gespräch mit Stefan Seidendorf und einem vom dfi zusammengestellten Podium.

Die französischen und deutschen Expertinnen und Experten vertieften die Frage, wie sich Europa angesichts aktueller Zeitenwende und neuer

Gefahren im internationalen Gefüge aufstellen und dabei seinen politischen Grundlagen treu bleiben kann. Professor Franz Mayer (Universität Bielefeld) und Professorin Sabine Saurugger (IEP Grenoble) machten deutlich, dass Europas Frieden und Freiheit in unseren eigenen Händen liegt. Dabei hat sich im Rahmen der EU ein sehr originelles politisches Regime entwickelt, dem es gelingt, verbindliches, supranationales Recht über demokratische Verfahren zu definieren, an denen die Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt sind. Dieses immer noch fragile Gebilde muss sich verteidigen gegen Angriffe von Außen und Innen.

Für Gret Haller ist klar: „Wenn es eine politische Kultur der Union gibt, so besteht sie in der Art und Weise, wie sich die verschiedenen politischen Kulturen der Mitgliedstaaten aufeinander beziehen, sich gegenseitig beeinflussen und dennoch ihre Unterschiedlichkeit bewahren.“ In der Akzeptanz der Andersartigkeit liege die Chance für Verständigung, auch über Grenzen hinweg.

Die französische Ausgabe des Buches ist frei zugänglich (► https://jean-monnet.ch/wp-content/uploads/2025/01/2025_g-haller_cahier_rouge_220.pdf), die deutsche Botschaft in Bern wird einen Videomitschnitt des Abends auf Youtube veröffentlichen.

Kontakt:
Stefan Seidendorf ► seidendorf@dfi.de

Deutsch-Französischer Tag 2025: Vielfältige Aktivitäten des dfi



Michel Derdevet, Stefan Seidendorf, Frédéric Petit und Christophe Béguinet (v.l.n.r.)
© Confrontations Europe

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten **Charles de Gaulle** und **Konrad Adenauer** in Paris den „Élysée-Vertrag“, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Anlässlich der „runden Geburtstage“ dieser Vertragsunterzeichnung etablierte sich sehr schnell ein Ritual. Französische und deutsche Regierungsvertreter, oft die Bundeskanzler und Staatspräsidenten, verkündeten weitergehende und neue Initiativen. Gleichzeitig nutzte die deutsch-französische Zivilgesellschaft diesen Tag, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Im Jahr 2003, anlässlich des 40. Jahrestages der Vertragsunterzeichnung, erklärten Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder den 22. Januar offiziell zum „**Deutsch-Französischen Tag**“, an dem jedes Jahr die deutsch-französische Freundschaft gewürdigt werden soll. Der Tag bietet insbesondere auch die Gelegenheit, in den Bildungseinrichtungen der beiden Länder und mit Schülerinnen und Studierenden die bilateralen Beziehungen zu thematisieren und in ihren historischen Zusammenhang zu stellen.

Wie in den vergangenen Jahren, war das dfi auch 2025 in den Tagen um den 22. Januar ein viel gefragter Kooperationspartner für sehr verschiedene Veranstaltungen. Neben der grundsätzlichen Frage um den Beziehungsstatus stand

natürlich auch die internationale Aktualität im Mittelpunkt.

Veranstaltungen in Paris ...

Den Auftakt machte eine gemeinsame Veranstaltung von dfi und Confrontations Europe in Paris zum Thema Energiekooperation, bei der **Stefan Seidendorf** für das dfi nochmals verdeutlichte, dass bei allen Unterschieden die Ziele der nachhaltigen Verringerung des CO₂-Ausstoßes, der Versorgungssicherheit und der Preisstabilität, nur aus einer Kooperation entstehen können, die diese gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt stellt.

Doch wie kann es gelingen, dass gerade dieser Aspekt des Umgangs mit der gegenseitigen Abhängigkeit (Interdependenz) – Deutschland hat noch nie so viel Atomstrom aus Frankreich importiert wie 2024 – in das Zentrum der politischen Debatten treten kann, neben (oder anstelle?) des Streits um „mehr Atomstrom“ oder „Atomausstieg“? In der von **Michel Derdevet** (Confrontations Europe) souverän moderierten Diskussion vermittelte der französische Abgeordnete **Frédéric Petit**, wie beispielsweise im Rahmen der „Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung“ über die Grundlagen der Zusammenarbeit Einigkeit erzielt werden kann. Dabei ist es wichtig, von den gemeinsam definierten und

geteilten Zielen auszugehen, wie **Christophe Béguinet**, Aufsichtsratsmitglied des französischen Stromkonzerns EDF, am Beispiel des Stromnetzes und des europäischen Verbundmarktes für Strom verdeutlichte: Neben den von Stefan Seidendorf bereits angeführten Punkten sind außerdem die Netzstabilität und die punktgenaue Verfügbarkeit der jeweils nötigen Menge an Elektrizität wichtig. Die Diskussionsteilnehmer waren sich jedoch einige, dass es zunehmend schwierig wird, solche komplexen Sachverhalte auch in der politischen Kommunikation zu diskutieren und zu etablieren. Gerade die extremen Parteien und ihre Kommunikation in den sozialen Netzwerken setzen stattdessen auf Vereinfachung, Konfrontation und Emotion.

... in Lorsch ...

In seinem Vortrag im Museumszentrum in Lorsch (Hessen) verglich **Baptiste Bouchet** den Einsatz der sozialen Medien im Wahlkampf in Frankreich und Deutschland. Die französischen Parteien La France Insoumise (LFI) und Le Rassemblement National (RN) sowie die deutsche Alternative für Deutschland (AfD) dienten dabei als Anschauungsbeispiele für die unterschiedlichen Einsatz-



Baptiste Bouchet bei seinem Vortrag über
► **Soziale Medien als politische Waffe in Deutschland und Frankreich**

© Partnerschaftsverein Lorsch

Fortsetzung von der vorigen Seite

möglichkeiten sozialer Medien. Bouchet verdeutlichte, wie die neuen Kommunikationsformen das politische Leben grundlegend verändert haben – und wie wichtig es ist, die Formate und Strategien zu kennen und zu beherrschen, um das Internet (und seinen Einfluss) nicht den populistischen und anti-europäischen Kräften zu überlassen.

... und in Ludwigsburg

Bei seinem Vortrag an der VHS Ludwigsburg in Kooperation mit dem dfi verdeutlichte der ehemalige stellvertretende dfi-Direktor **Henrik Uterwedde** die Brisanz der gegenwärtigen „Polykrise“ und stellte diese in den größeren Zusammenhang. Uterwedde kann zurecht für sich beanspruchen, dass er das „Auf und Ab“ der deutsch-französischen Beziehungen kennt. Trotz seines Verweises auf die grundsätzlich immer wiederkehrende Krisenrhetorik – gerade aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteure könnte es immer noch tiefere, noch besser entwickelte deutsch-



Henrik Uterwedde (dfi) bei seinem Vortrag „Deutsch-Französische Beziehungen in der Krise“ © dfi

französische Beziehungen geben – führte er an: „So viel Krise war selten“, wobei er allerdings auch auf institutionelle Kooperationsmechanismen und insbesondere die 500.000 Menschen verwies, die sich deutsch-französisch engagieren.

Podiumsdiskussion „Besser gemeinsam?“

Gerade vor diesem Hintergrund stellte die gemeinsam mit dem Institut français Stuttgart am 22.1. durchgeführte Abendveranstaltung die Frage „Besser gemeinsam?“, die die Teilnehmenden des Podiums natürlich bejahten: Moderiert von **Stefan Seidendorf**, diskutierten der Abgeordnete der Auslandsfranzosen **Frédéric Petit**, die Historikerin **Corine Defrance** und der Politik-



Podiumsdiskussion „Besser gemeinsam?“, Stefan Seidendorf, Corine Defrance, Felix Heidenreich und Frédéric Petit (v.l.n.r.) © Institut français

wissenschaftler und Philosoph **Felix Heidenreich** über die Aktualität der multiplen Krisen und die Strategien, um den Mehrwert einer gemeinsamen und abgestimmten Haltung der beiden Staaten Frankreich und Deutschland zu vermitteln. Gerade angesichts der geopolitischen Umbrüche (zwei Tage nach der Vereidigung Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten) und dem Krieg im Osten Europas, war die Forderung des Podiums, dass alte Gewissheiten überdacht und auch mutige Schritte gemacht werden müssten, ausgehend von der grundsätzlichen Erkenntnis, dass jedes einzelne Mitgliedsland der EU, auch Frankreich und Deutschland, alleine zu klein und zu schwach ist, um seine eigenen politischen Präferenzen und Wertvorstellungen international durchzusetzen.

Die Grundlagen des deutsch-französischen Verhältnisses, Gemeinsamkeiten trotz Unterschieden zu finden, die legitimen Positionen des Partners zu respektieren und über Verständnis und Verständigung zu Kompromissen zu kommen, die allen Beteiligten einen Mehrwert bieten – all das

sind und waren Elemente, die der französische Politologe und große Spezialist der deutsch-französischen Beziehungen **Alfred Grosser**, der am 7. Februar 2024 mit 99 Jahren in Paris verstorben war, immer wieder angemahnt und eingefordert hatte.

Table Ronde im Schloss Neckarhausen

Der „Deutsch-Französische Tag“ war auch vor diesem Hintergrund eine willkommene Gelegenheit, sich seiner zu erinnern und ausgehend von seinen Überzeugungen zu fragen, welche Impulse die deutsch-französischen Beziehungen heute brauchen. Gemeinsam mit dem französischen Politologen und Grosser-Schüler **Henri Ménudier** und der Journalistin **Hélène Kohl** sprach **Eileen Keller** im Schloss Neckarhausen dabei vor allem über die zivilgesellschaftlichen Wurzeln der deutsch-französischen Freundschaft und deren Zukunft. Edingen-Neckarhausen pflegt seit fast sechs Jahrzehnten eine sehr lebendige Partner-

V.l.n.r.: Henri Ménudier, Hélène Kohl, Moderator Dirk Axtmann (Vorstandsmitglied der IGP), Eileen Keller und Erwin Hund (Ehrenpräsident der IGP) © IGP Edingen-Neckarhausen



Fortsetzung von der vorigen Seite

schaft mit Plouguerneau in der Bretagne, 2013 wurde **Alfred Grosser** zum Ehrenmitglied ernannt.

„Tag der Vereine“ in Mannheim

Am 23.1. zeigte sich in Mannheim im vom französischen Generalkonsulat Stuttgart und dem Institut français organisierten „Tag der Vereine“, wie lebendig und vielfältig die zivilgesellschaftlichen Initiativen sind, die sich genau für diese Werte einsetzen und dies auch von den politisch Verantwortlichen einfordern. Für das dfi nahmen **Bénédicte King** und **Susanne Binder** an der Veranstaltung teil und stellten die verschiedenen Initiativen vor, mit denen das dfi das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure unterstützt – insbesondere die Förderung von gemeinnützigen Projekten über das Programm ▶ **Nouveaux horizons** der Baden-Württemberg Stiftung und die Plattform für kommunale Partnerschaften ▶ **jumelage.eu**. Zudem wurden die Angebote



Bénédicte King stellt Angebote des dfi und der Frankreich-Bibliothek vor.

© dfi

des dfi und der Frankreich-Bibliothek präsentiert. Die Veranstaltung vermittelte einmal mehr die Wichtigkeit des „doppelten Ansatzes“, den das dfi vertritt: Die Vermittlung von Wissen und Expertise über das

Partnerland muss einhergehen mit Möglichkeiten für persönliche Erfahrungen und Begegnungen.

Kontakt:
Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de

Aktuelle Medienbeiträge des dfi

Interviews zur Verurteilung von Marine Le Pen



Dominik Grillmayer im Interview

Die Entscheidung hat große Wellen geschlagen: Am 31. März wurden Marine Le Pen sowie weitere Mitglieder bzw. Mitarbeiter des Rassemblement National in der Affäre um die Scheinbeschäftigung von Assistenten im EU-Parlament zu einer Geld- und Haftstrafe verurteilt.

Le Pen wurde außerdem mit sofortiger Wirkung das passive Wahlrecht für fünf Jahre entzogen. Das bedeutet das vorläufige Aus

für ihre Ambitionen auf das Präsidentenamt und hat heftige Reaktionen im rechtspopulistischen Lager ausgelöst. Worum genau ging es in dem Prozess? War das Urteil zu hart? Und welche Chancen hätte der Rassemblement National, auch ohne Le Pen als Kandidatin die Präsidentschaftswahlen 2027 zu gewinnen? Dazu nahmen die Mitarbeiter des dfi in mehreren Interviews Stellung.

Link zu den
▶ [aktuellen Medienbeiträgen des dfi](#)

Warten auf die GroKo: Le PodKast Folge S5 E9

Der neue Bundestag hat zum ersten Mal am 25. März 2025 in Berlin getagt. Die Sitzung, die durch den dienstältesten Abgeordneten Gregor Gysi von der Partei Die Linke eröffnet wurde, war eine Sitzung nicht ganz wie die anderen – eher angespannt und gekennzeichnet von hoher Anwesenheit der Abgeordneten in dem Plenarsaal.

Hélène Kohl spricht mit Stefan Seidendorf (dfi) und Frank Baasner (DFZW) über die Verhandlungen zur nächsten Regierungskoalition.



Hier der Link zu ▶ [dieser Folge](#).

Wenn Sie die Fortführung des Podcast unterstützen wollen, können Sie gerne über ▶ <https://whydonate.com/fr/fundraising/le-podcast> dafür spenden.

Alle Folgen auf der Webseite
▶ <https://podcast.ausha.co/le-podcast>
oder über den QR-Code



Kontakt:
Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de

Oppenheimer – Briefe einer jüdischen Familie gegen das Vergessen

Szenische Lesung anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus



Ursula Ottmann, Martin Ritz, Anton Ottmann, Friedrich E. Becht und Gert Weisskirchen (v.l.n.r.) vor der Lesung im dfi © dfi

Der Autor und Journalist Anton Ottmann, seine Frau Ursula, der Heidelberger Schauspieler Friedrich E. Becht und der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen haben am 19. März 2025 im dfi die tragische Geschichte der jüdischen Familie Oppenheimer in Form einer szenischen Lesung erzählt.

Die Oppenheimers erlitten ein ähnliches Schicksal wie die Familie Frischauer, in deren Villa das dfi seit 1955 untergebracht ist. Deshalb, und weil die Oppenheimers in Frankreich Opfer der Kooperation zwischen dem Dritten Reich und dem Vichy-Regime wurden, war das dfi sowohl wegen der Geschichte seines Hauses als auch aufgrund seiner Tätigkeit ein geeigneter Ort für diese Lesung.

Organisiert hat sie das dfi in Kooperation mit der ▶ Volkshochschule Ludwigsburg, dem ▶ Förderverein Synagogenplatz / Arbeitskreis Dialog Synagogenplatz und der ▶ Stolperstein-Initiative Ludwigsburg.

Die Rolle der Eltern Leopold und Rositta Oppenheimer übernahmen dabei Anton und Ursula Ottmann, die des Sohnes Hans Friedrich E. Becht und die des Sohnes Max Gert Weisskirchen, für die musikalische Gestaltung sorgte Martin Ritz. Die Texte des Vortrags stammen aus dem Buch „Oppenheimer – Briefe einer jüdischen Familie gegen das Vergessen“ von Anton Ottmann.

Wie die Geschichte der Familie begann auch die Lesung mit Leopold und Rositta Oppenheimer. Leopold, als „wilder Bub“ in bürgerlichen Verhält-

nissen in Dossenheim aufgewachsen, begann seine berufliche Laufbahn als Bahningenieur im badischen Staatsdienst. Als Soldat der Artillerie wurde er im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und später verwundet.

Den Aufstieg des Nationalsozialismus schilderten die Söhne Max und Hans, die zu dieser Zeit die Schule besuchten. Dort wurde Max wegen seiner Religionszugehörigkeit aus der Hockeymannschaft ausgeschlossen und Hans verließ das Gymnasium, da sein Abschluss

durch die antisemitischen Gesetze verhindert wurde. Als er mit brennenden Synagogen und der Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung konfrontiert wurde, stellte sich Max die Frage: „Was ist eigentlich ein Jude?“

Max konnte nach einer vierwöchigen Haft im KZ Dachau nach England emigrieren, wo er als Schlosser in der Rüstungsindustrie arbeitete und sich, wie zuvor schon in Deutschland, in kommunistischen Gruppen engagierte.

Die in Deutschland verbliebenen Familienmitglieder wurden 1940 in das südfranzösische Lager Gurs gebracht. Der Sohn Hans wurde von dort im Oktober 1940 zur Zwangsarbeit ins Département Drôme geschickt und damit für immer von seinen Eltern getrennt.

Im Jahr 1942 wurden Hans und Leopold in Konzentrationslager im Osten deportiert. Leopold wurde 1943 im KZ Majdanek ermordet, Hans überlebte Aufenthalte in den Lagern Auschwitz, Groß-Rosen und Mittelbau-Dora und starb schließlich im KZ Buchenwald wenige Wochen vor der Befreiung durch die Amerikaner. Rositta entging der Deportation nach Osten. 1944 wurde sie aus dem Lager in Goé entlassen und durfte in Frankreich arbeiten.

Nach Kriegsende kehrten sie und ihr Sohn Max in ihre alte Heimat zurück. Rositta beteiligte sich hier aktiv an der Aufarbeitung des Holocaust und gründete in Heidelberg ein jüdisches Altersheim. 1966 wurde sie für ihre Leistungen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Motivation für ihr Wirken begründete sie dabei mit ihrer Liebe zu Deutschland und zu Heidelberg. Ihr Sohn Max engagierte sich in Deutschland politisch bei der KPD und bemühte sich in seiner Arbeit als Journalist v.a. darum, über den Holocaust aufzuklären.

Während der Fragerunde im Anschluss an die Lesung bot Anton Ottmann Einblick in seinen Arbeitsprozess: Von der Entdeckung der ehemaligen Pfeifentabakfabrik in Wiesloch, die Leopold Oppenheimer geleitet hatte, über die Archivarbeit bis zum Zugang zu den über 200 Briefen der Oppenheimers, die sich heute noch im Familienbesitz befinden. Die Geschichte der Familie bezeichnete er dabei auch als Kapitel der deutsch-französischen Geschichte, nicht zuletzt wegen der



Eine fesselnde Lesung, unterstützt durch viele Fotos, Filme und die einfühlsame Musik von Martin Ritz © dfi

Fortsetzung von der vorigen Seite

Kollaboration des Vichy-Regimes mit den Nationalsozialisten. In diesem Kontext wies er darauf hin, dass die französischen Internierungslager und die Rolle des Nachbarlandes bis heute ein Tabuthema in Frankreich seien. In Verbindung damit problematisierte Ottmann den fehlenden Widerstand vonseiten der Bevölkerung, sowohl während der NS-Zeit als

auch heute im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Stimmung in Deutschland und den USA.

Das Buch *Oppenheimer – Briefe einer jüdischen Familie gegen das Vergessen*

(▶ ISBN: 978-3-96308-233-7) von Anton Ottmann ist bei Lindemanns erschienen und kann im Buchhandel erworben werden.

Kontakt:
Martin Villinger ▶ villinger@dfi.de

„Zurück zur Wirklichkeit. Eine politische Freundschaft“ Claus Leggewie im Gespräch mit Stefan Seidendorf über sein neu erschienenes Buch

Am 20.03.2025 wurde das von Claus Leggewie und Daniel Cohn-Bendit im März 2025 neu erschienene Buch „Zurück zur Wirklichkeit“ im Kulturzentrum Ludwigsburg vorgestellt. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, Inhaber der Ludwig-Börne-Proffessur, Leiter des „Panel on Planetary Thinking“ an der Universität Gießen und ehemaliger Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen, diskutierte sein Buch mit dem stellvertretenden Direktor und Geschäftsführer des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), Stefan Seidendorf.

Gewidmet haben die Autoren das Buch Alfred Grosser (1925-2024), der jahrzehntelang bei der deutsch-französischen Aussöhnung mitgewirkt hat und einer der Gründerväter des dfi war.

Claus Leggewie blickt darin auf Dinge zurück, die Europa hätte anders machen müssen. Darüber hinaus geht er auf die Gefahren für Europa ein, darunter den Angriffskrieg Russlands unter Putin am 24. Februar 2022 und die Wiederwahl Donald Trumps zum Präsidenten. Putin, so Leggewie, zertrümmere die Illusion, in Europa würde es keinen Angriffskrieg mehr geben.

Der Kulturwissenschaftler beschreibt, dass sowohl Putin als auch Trump systematisch versuchen, Europa zu verwirren und überflüssig zu machen und den Europäern so „den Boden zu entziehen“. Die momentane Umbruchsituation durch den Regierungswechsel in mehreren Ländern schwäche Europa und führe zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die „miese Stimmung“ in Deutschland und Frankreich, wie Leggewie sie nennt, nütze nur „Marine Le Pen und Alice Weidel“.

In dem Buch wird jedoch nicht nur auf alles geschaut, was schlecht läuft, sondern der Blick wird auch nach vorne gerichtet. Leggewie betont die Wichtigkeit, die deutsch-französische Freundschaft auszubauen, und positioniert sich – wie auch Cohn-Bendit – für eine deutsch-französische Konföderation.



Claus Leggewie und Stefan Seidendorf im Gespräch © dfi

Der Gastredner ist fest davon überzeugt, dass wir etwas bewirken können und es noch Hoffnung für die Zukunft Europas gibt. Es brauche dazu allerdings eine Änderung in der Koalition. Außerdem sollten wir Klartext sprechen und – falls erforderlich – auch aktiv Widerstand leisten. Uns müsse bewusst werden, dass aktuelle Krisen bewältigt werden können und die Lage sich durch das

Anpacken von Problemen zum Positiven hin verändern kann.

Der Politikwissenschaftler und Autor beendet die Buchdiskussion mit den Worten: „Ich brauche kein sozialistisches Paradies, es geht darum, was noch ansteht. Damit können wir gewinnen.“ Im Anschluss an das spannende Gespräch fand eine Diskussionsrunde mit dem Publikum statt. Diese bot dem Autor die Möglichkeit, einige Themen seines Buchs genauer zu erläutern und Fragen des Publikums zu beantworten, wie z. B. zur Zukunft Europas. Auf die Frage nach den Ursachen für die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Deutschland und Frankreich vermutet Claus Leggewie, dass diese in einem epistemischen Problem begründet liegen. Als weitere Faktoren führt er die Desinformation in den Medien sowie ein verloren gegangenes Gefühl von Freiheit an.

Kontakt: Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de



Das Buch *Zurück zur Wirklichkeit. Eine politische Freundschaft* (▶ ISBN: 978-3-8031-3753-1) ist beim Verlag Klaus Wagenbach, Berlin erschienen und kann im Buchhandel erworben werden.

Vortragsreihe des dfi in Kooperation mit der



vhs

Volkshochschule
Ludwigsburg

„Ni droite ni gauche“ – Neoliberaler Autoritarismus in der Macronie?

Referent: Hagen Steinhauer

Datum: 10.04.2025, 18:30 Uhr

Ort: Kulturzentrum Ludwigsburg, kleiner Saal,
Wilhelmstraße 9/1, 71638 Ludwigsburg

Hagen Steinhauer von der Universität Bremen stellt sein Promotionsprojekt vor.

Seine Selbstpositionierung als 'weder links noch rechts' bescherte Emmanuel Macron 2017 den Wahlsieg [...] der amtierende Präsident und seine Partei *Renaissance* gelten oft als letztes Bollwerk gegen den Rechtsradikalismus des *Rassemblement national*.

Doch diese Wahrnehmung Macrons als Garant liberaler Demokratie scheint immer weniger mit der politischen Realität in Frankreich vereinbar ...

Der Vortrag nimmt die Konvergenzen zwischen Neoliberalismus und Autoritarismus am Beispiel der Macronie in den Blick und stellt deren Selbstpositionierung als „Ni droite ni gauche“ in Frage.

Oradour sur Glane: Ein „Nicht-Ort“ der deutsch- französischen Versöhnung

Referentin: Andrea Erkenbrecher

Datum: 08.05.2025, 18:30 Uhr

Ort: dfi, Asperger Str. 34, Ludwigsburg

Am 10. Juni 1944 verübte eine Waffen-SS-Einheit in dem französischen Dorf Oradour-sur-Glane ein Massaker, das in Frankreich zum Symbol für das Leiden unter der deutschen Besatzung wurde. In nur wenigen Stunden töteten SS-Soldaten nahezu 650 Männer, Frauen und Kinder und brannten den Ort nieder. Als *village martyr*, als Märtyrerdorf, wurden die Ruinen Oradours erhalten und stehen bis heute.

Der Vortrag fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen von Versöhnung nach diesem Verbrechen:

- War sie für die Opfer überhaupt denkbar und erstrebenswert?
- Welche Initiativen gab es und wie lässt sich ihr Scheitern oder Gelingen erklären?
- Und in welchem Verhältnis standen sie zu der oft als vorbildlich beschriebenen deutsch-französischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg?

In Kooperation mit der ▶ Volkshochschule Ludwigsburg und dem ▶ Förderverein Zentrale Stelle e.V.

Banania, Orangina, LU und La Vache qui rit

Referentin: Lisa Grandits

Datum: 05.06.2025, 18:30 Uhr

Ort: dfi, Asperger Str. 34, Ludwigsburg

Vortrag von Lisa Grandits von der Universität Passau über ihr Promotionsprojekt

Dem kulinarischen Markenerbe Frankreichs auf der Spur, wollen wir uns Fragen über nationale Identität und kollektive Erinnerungsorte stellen. Was steht hinter der Historie der bekanntesten Lebensmittelmarken und welche Traditionen lassen sich an ihnen ablesen?

*Nachholtermin für die
am 24.10.2024
ausgefallene
Veranstaltung*



© CF496233, CC BY 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>>, via Wikimedia Commons

Kontakt:
Martin Villingner ▶ villingner@dfi.de

Anmeldung über unsere Anmeldeformulare im Internet:

- „Ni droite ni gauche“ am 10.04.2025:
▶ <https://www.dfi.de/ni-droite-ni-gauche>
- „Oradour sur Glane“ am 08.05.:
▶ <https://www.dfi.de/oradour>
- „Banania, Orangina, LU und La Vache qui rit“ am 05.06.:
▶ <https://www.dfi.de/markenerbe>

oder per Post, Fax oder Mail:

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Str. 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel: 07141 93 03 – 0
Fax: 07141 93 03 – 50
veranstaltung@dfi.de

Wichtiger Hinweis:

Um unsere Abendvorträge finanzieren zu können, müssen wir künftig unser Publikum an den Veranstaltungskosten beteiligen. Der Eintrittspreis an der **Abendkasse beträgt 8,00 €** (ermäßigt 6,00 €). **Mitglieder des dfi und Kursleitende der vhs haben freien Eintritt.**



Die Deutsch-Französische Hochschule ehrt herausragende grenzüberschreitende Studien- und Forschungsleistungen



Die Preisträger*innen, ihre jeweiligen Förderer sowie der französische Botschafter, Herr François Delattre, die Präsidentin der DFH, Frau Eva Martha Eckkrammer, und der Vizepräsident der DFH, Herr Philippe Gréciano

© Jacek Ruta/DFH-UFA

In der Französischen Botschaft in Berlin fand am 30. Januar 2025 die jährliche Verleihung der Exzellenz- und Dissertationspreise der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) statt. Gemeinsam mit ihren Partnern würdigte sie die besten Absolvent*innen ihrer knapp 200 bi- und trinationalen Studiengänge sowie herausragende deutsch-französische Doktorarbeiten.

„Ausgezeichnetes Fachwissen, fundierte Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz und eine extra Dosis Motivation, Flexibilität und Teamfähigkeit – wer eine deutsch-französische Studien- oder Promotionslaufbahn absolviert hat, bringt das gewisse Extra mit“, unterstreicht die Präsidentin der DFH, Eva Martha Eckkrammer.

„Die hohe Anzahl an Preisen bzw. an Partnern, die auf uns zukommen und einen Preis fördern möchten, belegt in eindrucksvoller Weise die Attraktivität von Studienabsolvent*innen und Doktor*innen mit deutsch-französischem Profil“, betont Philippe Gréciano, Vizepräsident der DFH.

Die feierliche Zeremonie, an der zahlreiche Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Öffentlichkeit und dem Hochschulbereich teilnahmen, wurde durch Grußworte des französischen Botschafters in Deutschland, Herrn François Delattre, sowie der Präsidentin der DFH eröffnet.

Für ihre außergewöhnlichen Studienleistungen nahmen 14 Absolvent*innen eines von der DFH geförderten Studiengangs einen Exzellenzpreis entgegen. Vier junge Wissenschaftler*innen wurden für ihre herausragenden, im deutsch-französischen Cotutelle-de-thèse-Verfahren oder

im Rahmen eines deutsch-französischen Doktorandenkollegs verfassten Doktorarbeiten geehrt: Verliehen wurde ein „Europapreis“, ein „Innovationspreis“, ein „Interkulturalitätspreis“ und ein „Preis der Wirtschaft“. Finanziert werden die mit bis zu 2 000 Euro dotierten Auszeichnungen von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen und Institutionen aus Deutschland und Frankreich. Die DFH selbst fördert in der Kategorie „DFH-Preis“ dieses Jahr eine Studienabsolventin, die in ihrer Abschlussarbeit die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in der medizinischen Forschung beleuchtet.

Weitere Informationen zu den vielfältigen Studien- und Forschungsförderungsprogrammen der DFH sowie zu möglichen Partnerschaften finden Sie auf der Internetseite der DFH: ► www.dfh-ufa.org.

Kontakt:
Eva Günther ► guenther@dfh-ufa.org

Unseren Newsletter dfi aktuell können Sie jederzeit abbestellen:

► <https://www.dfi.de/index.php?id=104>

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
► www.dfi.de
► info@dfi.de
Redaktion:
Irene Lindauer-Grözinger
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Stefan Seidendorf



Termine

Vortragsreihe in Kooperation mit der vhs Ludwigsburg (s. S. 15):

- **10. April 2025:** « Ni droite ni gauche » – Neoliberaler Autoritarismus in der Macronie?
- **8. Mai 2025:** Oradour sur Glane – Ein „Nicht-Ort“ der deutsch-französischen Versöhnung
- **5. Juni 2025:** Banania, Orangina, LU und La Vache qui rit – dem kulinarischen Markenerbe Frankreichs auf der Spur